

**Verwaltungsvorschrift zur Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung vom 23. Juli 2013 (HmbGVBl. 2013, S. 340)**

<u>Betroffener Personenkreis:</u>	Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter
<u>Wesentlicher Inhalt:</u>	Verwaltungsvorschrift zur HmbEZulVO

Mit der Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung (HmbEZulVO) vom 23. Juli 2013 (HmbGVBl. 2013, S. 340), geändert am 1. Oktober 2013 (HmbGVBl. 2013, S. 434), ist die bis zum 31. Juli 2013 fortgeltende Verordnung des Bundes „Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen“ vom 3. Dezember 1998 (BGBl. I 1998, 3497) in der am 31. August 2006 geltenden Fassung durch eine landesrechtliche Regelung abgelöst worden.

Die hierzu erlassene Verwaltungsvorschrift zur HmbEZulVO tritt am **1. Dezember 2014** in Kraft.

Die Veröffentlichung erfolgt in der MittVw sowie im Intranet – Personalportal.

12. November 2014  
- 180.40-07/02.0002 -

Personalamt

**Verwaltungsvorschrift**  
**zur**  
**Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung**  
**(VVHmbEZuIVO)**

Vorbemerkung .....	3
0. Grundsätzliche Hinweise .....	3
0.1 Anspruchsvoraussetzungen .....	3
0.2 Nachweis.....	3
0.3 Zahlungszeitpunkt .....	3
0.4 Kürzung bei Teilzeitbeschäftigung.....	4
Abschnitt 2 – Einzel abzugeltende Erschwernisse .....	4
Unterabschnitt 1 – Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten .....	4
3. § 3 Allgemeine Voraussetzungen .....	4
3.1 Grundvoraussetzungen (Absatz 1) .....	4
3.3 Bereitschaftsdienst (Absatz 3).....	4
4. § 4 Höhe und Berechnung der Zulage.....	5
4.1 Höhe der Zulage (Absatz 1) .....	5
4.1.1 Sonn- und Feiertage (Absatz 1 Nr. 1).....	5
4.1.2 Berechnung der Zulage (Absatz 1 Nr. 1 bis 3) .....	5
4.2 Anteilige Stunden (Absatz 2) .....	5
5. § 5 Fortzahlung bei vorübergehender Dienstunfähigkeit .....	6
Hinweis: Fortzahlung im Rahmen der HmbMuSchVO: .....	6
Unterabschnitt 2 – Zulage für Tauchtätigkeit .....	7
7. § 7 Allgemeine Voraussetzungen .....	7
7.2 Übungen oder Arbeiten in Pressluft (Absatz 2) .....	7
9. § 9 Berechnung der Zulage .....	7
9.1 Ermittlung der Zeiten und Berechnung der Zulage (Absatz 1).....	7
Unterabschnitt 3 – Zulagen für den Umgang mit Munition und Explosivstoffen.....	8
11. § 11 Zulage für Tätigkeiten der Sprengstoffentschärfung und Sprengstoffermittlung .....	8
11.1 Anspruchsvoraussetzungen (Absatz 1) .....	8
11.2 Erhöhte Zulage (Absatz 2).....	8
Abschnitt 3 – Zulagen in festen Monatsbeträgen.....	9
Unterabschnitt 1 – Gemeinsame Vorschriften .....	9
12. § 12 Entstehung des Anspruchs, Anspruch bei Teilzeitbeschäftigung .	9
12.0 Allgemeine Anspruchsvoraussetzung.....	9

12.1	Verwendung (Absatz 1) .....	9
12.3	Teilzeitbeschäftigung mit ungleichmäßig verteilter Arbeitszeit (Absatz 3 Satz 2) .....	9
13.	§ 13 Unterbrechung der zulageberechtigenden Verwendung .....	10
13.0	Vorliegen einer Unterbrechung .....	10
13.1	Unterbrechungstatbestände (Absatz 1) .....	11
13.1.0	Andere Unterbrechungstatbestände .....	11
13.1.5	Dienstbefreiung (Absatz 1 Nr. 5) .....	11
13.2	Eintritt der Unterbrechung (Absatz 2) .....	11
	Unterabschnitt 2 – Einzelne Zulagen .....	12
14.	§ 14 Zulagen für Wechselschichtdienst und für Schichtdienst .....	12
14.0	Allgemeine Tatbestandsvoraussetzung nach den Absätzen 1 und 2 ...	12
14.1	Wechselschichtzulage (Absatz 1) .....	12
14.1.1	Wechselschichtdienst .....	12
14.1.2	Weitere Voraussetzungen .....	13
14.1.3	Aufnahme des Wechselschichtdienstes .....	14
14.2	Schichtzulagen (Absatz 2) .....	14
14.2.0	Schichtdienst .....	14
14.2.1	Schichtzulage nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 .....	15
14.2.1.1	Schichtzulage bei unterbrochenem Dienstbetrieb .....	15
14.2.1.2	Schichtzulage für einen Wechselschichtdienst .....	15
14.2.2	Schichtdienst innerhalb einer Zeitspanne (Absatz 2 Satz 2) .....	15
14.2.3	Durchschnittsberechnung (Absatz 2 Satz 3) .....	16
14.2.4	Alternative Durchschnittsberechnung (Absatz 2 Satz 4) .....	17
14.2.5	Regelmäßige individuelle Abweichungen vom Schichtplan .....	18
15.	§ 15 Zulage für besondere polizeiliche Einsätze .....	18
15.1.1	Zulageberechtigende Tätigkeit (Absatz 1 Nummern 1 bis 3): .....	18
15.1.4	Verdeckte Ermittlerinnen und Verdeckte Ermittler (Absatz 1 Nummer 4) .....	18
16.	§ 16 Zulage für Luftfahrzeugbesatzungen der Polizei .....	18
16.2	Nichtständige Luftfahrzeugbesatzung (Absatz 2) .....	18
16.3	Zusatzqualifikationen (Absatz 3 Satz 2) .....	18
17.	§ 17 Zulage für die Beseitigung von Munition aus den Weltkriegen ...	19
17.1	Voraussetzungen (Absatz 1) .....	19
17.3	Erhöhte Zulagengewährung (Absatz 3) .....	19

## **Vorbemerkung**

Die Verwaltungsvorschriften sollen die Anwendung der Hamburgischen Erschwerniszulagenverordnung (HmbEZuIVO) erleichtern und eine einheitliche Verwaltungspraxis gewährleisten.

Den landesunmittelbaren Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts wird empfohlen, die Verwaltungsvorschriften auf die Körperschaftsbeamtinnen und Körperschaftsbeamten entsprechend anzuwenden.

Bei der Nummerierung der VVHmbEZuIVO verweist die erste Zahl auf den jeweiligen Paragraphen der Verordnung und die zweite Zahl auf den jeweiligen Absatz dieses Paragraphen (soweit vorhanden, sonst fortlaufend). Gegebenenfalls weitere Zahlen sind Gliederungshilfen innerhalb des Absatzes. Ist die zweite Zahl eine „0“, handelt es sich um Vorbemerkungen. Sie erläutern, sofern erforderlich, die jeweilige Norm in ihrem Gesamtzusammenhang.

Paragrafenangaben ohne Gesetzes- bzw. Verordnungs zitat verweisen immer auf den entsprechenden Paragraphen der HmbEZuIVO.

## **0. Grundsätzliche Hinweise**

### **0.1 Anspruchsvoraussetzungen**

Ein Anspruch auf eine Erschwerniszulage besteht grundsätzlich nur für tatsächlich geleistete Dienste und nur für die Dauer der Erschwernis; die mit der Zulage abzugeltende Zusatzbelastung muss tatsächlich entstanden sein. Hiervon abweichende Regelungen finden sich lediglich in den Vorschriften zur Fortzahlung, § 5 und § 13.

### **0.2 Nachweis**

Soweit Erschwernisse nach Stunden, Tagen, bestimmten Verrichtungen und/oder bestimmten Bedingungen abgegolten werden, sind die Stunden, Tage, bestimmten Verrichtungen und/oder bestimmten Bedingungen in geeigneten Nachweisen kalendermonatlich zu erfassen. Die Nachweise sind als zahlungsbegründende Unterlagen zu den Akten zu nehmen.

### **0.3 Zahlungszeitpunkt**

Erschwerniszulagen, die aufgrund der einzeln abzugeltenden Erschwernisse monatlich in der Höhe variieren oder bei denen am Monatsende das Vorliegen bestimmter Voraussetzungen geprüft werden muss, werden frühestens im übernächsten Monat, der auf den Monat der Entstehung des Anspruchs folgt, ausgezahlt.

#### 0.4 Kürzung bei Teilzeitbeschäftigung

Die Erschwerniszulagen zählen zu den Dienstbezügen nach § 2 Absatz 1 Nr. 4 HmbBesG und unterliegen bei Teilzeitbeschäftigten grundsätzlich der Kürzung nach § 7 Absatz 1 HmbBesG im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit. Bei den Erschwerniszulagen, die in festen Monatsbeträgen gewährt werden (Abschnitt 3) wird durch die pauschale Abgeltung der Erschwernisse unterstellt, dass diese während des Monatszeitraums gleichmäßig vorliegen. Somit ist die sich daraus ergebende Belastung abhängig vom Beschäftigungsumfang und der zu zahlende Betrag unterliegt der Kürzung nach § 7 Absatz 1 HmbBesG. Die Sonderregelung des § 7 Absatz 2 HmbBesG für Teilzeitbeschäftigte mit ungleichmäßig verteilter Arbeitszeit ist zu beachten.

Werden dagegen Erschwernisse einzeln, jeweils aufgrund eines konkret vorliegenden Tatbestandes abgegolten (Abschnitt 2), kommt eine Kürzung nicht in Betracht. Die konkrete einzelne Belastung ist unabhängig vom Beschäftigungsumfang.

### Abschnitt 2 – Einzeln abzugeltende Erschwernisse

#### Unterabschnitt 1 – Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten

### 3. § 3 Allgemeine Voraussetzungen

#### 3.1 Grundvoraussetzungen (Absatz 1)

Eine Zulage darf nur gewährt werden, wenn der Dienst zu ungünstigen Zeiten 5 Stunden im Kalendermonat überschreitet. Ist diese Tatbestandsvoraussetzung erfüllt, werden auch die ersten 5 Stunden abgegolten. Bei teilzeitbeschäftigten Beamtinnen und Beamten sind die 5 Stunden im gleichen Verhältnis wie ihre Arbeitszeit zu kürzen, ansonsten gilt Entsprechendes.

Das Tatbestandsmerkmal „heranziehen“ setzt voraus, dass aufgrund eines dienstlichen Erfordernisses bzw. Verlangens (z. B. Schichtdienst, Anordnung des Vorgesetzten) Dienst zu ungünstigen Zeiten geleistet wird. Es ist nicht erfüllt, wenn die/der Betroffene im Rahmen einer freien Zeiteinteilung zu ungünstigen Zeiten Dienst leistet.

#### 3.3 Bereitschaftsdienst (Absatz 3)

Bereitschaftsdienst im Sinne dieser Vorschrift setzt voraus, dass sich Beamtinnen und Beamte an einem vom Dienstherrn bestimmten Ort außerhalb ihres privaten

Bereiches zu einem jederzeitigen unverzüglichen Einsatz bereitzuhalten haben und erfahrungsgemäß mit einer dienstlichen Inanspruchnahme zu rechnen ist.

Wachdienst im Sinne dieser Vorschrift ist die Aufgabe, Einrichtungen, Gebäude, Anlagen und ähnliches zu schützen und zu sichern. Wird Wachdienst von mehr als 24 Stunden im Monat zu ungünstigen Zeiten geleistet, werden auch die ersten 24 Stunden abgegolten.

#### 4. § 4 Höhe und Berechnung der Zulage

##### 4.1 Höhe der Zulage (Absatz 1)

##### 4.1.1 Sonn- und Feiertage (Absatz 1 Nr. 1)

Als Dienst an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen rechnet längstens die Zeit von 0.00 Uhr bis 24.00 Uhr.

##### 4.1.2 Berechnung der Zulage (Absatz 1 Nr. 1 bis 3)

Der zu ungünstigen Zeiten geleistete Dienst ist differenziert nach den Zeiträumen, in denen er angefallen ist, abzurechnen.

Beispiel	
Eine Beamtin leistet im Rahmen eines Schichtdienstes einen Dienst zu ungünstigen Zeiten von Samstag 18.00 Uhr bis Sonntag 02.00 Uhr.	
Nach § 4 Abs. 1 Nrn. 1 - 3 werden für diesen Dienst folgende Zulagenbeträge gezahlt:	
1. Samstag von 18.00 – 20.00 Uhr (Nr. 2)	0,77 Euro je Stunde
2. Samstag von 20.00 – 24.00 Uhr (Nr. 3)	1,28 Euro je Stunde
3. Sonntag von 0.00 – 2.00 Uhr (Nr. 1)	3,13 Euro je Stunde
(Beträge Stand Januar 2014)	

##### 4.2 Anteilige Stunden (Absatz 2)

Für über volle Stunden hinaus verbleibende Dienstzeiten werden die Stundensätze entsprechend dem Verhältnis des Stundenteils zur vollen Stunde bemessen. Eine Rundung von Stundenanteilen erfolgt nicht.

Beispiel	
Ein Beamter leistet in einem Monat an drei Tagen Dienst zu ungünstigen Zeiten:	
Donnerstag	21.00 Uhr – 23.30 Uhr
Freitag	20.15 Uhr – 22.30 Uhr
Sonntag	14.30 Uhr – 20.00 Uhr

Nach § 4 Abs. 1 Nrn. 1 - 3 werden für diesen Dienst folgende Zulagenbeträge gezahlt:

Nach Nr. 3:

Donnerstag 2 Std. 30 Min.

Freitag 2 Std. 15 Min.

insgesamt 4 Std. 45 Min. 1,28 € x 4,75 Std. = 6,08 €

Nach Nr. 1:

Sonntag 5 Std. 30 Min. 3,13 € x 5,5 Std. = 17,22 €

(Beträge Stand Januar 2014)

## 5. § 5 Fortzahlung bei vorübergehender Dienstunfähigkeit

Die Tatbestandsvoraussetzung „vorübergehend“ (vorübergehende Dienstunfähigkeit, vorübergehende andere Verwendung) ist nicht mehr gegeben, wenn

- feststeht, dass die (besonderen) gesundheitlichen Anforderungen der zulageberechtigenden Tätigkeit dauerhaft nicht mehr vorliegen, bzw. eine dauerhafte Vollzugs- oder Einsatzdienstunfähigkeit vorliegt,
- eine dauerhafte Dienstunfähigkeit besteht,
- eine (ggf. auch vom Gesundheitszustand unabhängige) Entscheidung der Dienststelle, dass die betreffende Person unbefristet in einem anderen Bereich verwendet wird, getroffen ist.

Das Tatbestandsmerkmal „weitergewährt“ setzt voraus, dass

- die Zulage vor der Unterbrechung zugestanden hat (rechtmäßige Gewährung der Zulage nach § 3),
- die Zulagengewährung nicht nach § 6 ausgeschlossen war/ist,
- feststeht, dass dieselbe zulageberechtigende Tätigkeit unmittelbar nach Wegfall des Unterbrechungstatbestandes wieder aufgenommen wird.

Die Fortzahlung ist insgesamt auf 24 Monate begrenzt (Absatz 5). Sie beginnt mit dem Ersten des Monats, der auf den Dienstunfall folgt.

### Hinweis: Fortzahlung im Rahmen der HmbMuSchVO:

Nach § 9 HmbMuSchVO darf eine Beamtin während ihrer Schwangerschaft und der Stillzeit weder in der Nacht zwischen 20.00 Uhr und 6.00 Uhr noch an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden. Diese Beschäftigungsverbote dürfen sich grundsätzlich nicht nachteilig auf die Zahlung der Dienstbezüge auswirken, insofern ist die Zulage für Dienst zu ungünstigen Zeiten weiterzugewähren. Die Höhe

bemisst sich gemäß § 4 Satz 3 HmbMuSchVO nach dem Durchschnitt der Zulage der letzten drei Monate vor Beginn des Monats, in dem die Schwangerschaft eingetreten ist.

## Unterabschnitt 2 – Zulage für Tauchtätigkeit

### 7. § 7 Allgemeine Voraussetzungen

#### 7.2 Übungen oder Arbeiten in Pressluft (Absatz 2)

Absatz 2 Satz 2 ist losgelöst von dem Merkmal „im Wasser“ zu sehen. Übungen oder Arbeiten in Pressluft sind sowohl im Wasser als auch außerhalb des Wassers als Tauchtätigkeiten definiert.

### 9. § 9 Berechnung der Zulage

#### 9.1 Ermittlung der Zeiten und Berechnung der Zulage (Absatz 1)

Die Berechnung der Zulage erfolgt zunächst für jeden Kalendertag eines Monats. Bei der Ermittlung der abzugeltenden Tauchzeit werden jeweils die Zeiten zusammengerechnet, für die dieselben Zulagenbeträge (Stundensätze) ausgebracht sind. Anschließend erfolgt die in Satz 2 vorgesehene Rundung. Am Monatsende werden die so ermittelten kalendertäglichen Tauchzeiten jeweils addiert und zur Auszahlung gebracht.

Maßgeblich für den Stundensatz ist die Tauchtiefe, in der die dienstlich angeordnete Arbeit oder Übung ausgeführt wird.

Beispiel			
Ein Beamter übt in einem Monat an drei Tagen Tauchtätigkeiten aus:			
Dienstag	mehrere Tauchgänge mit einer Tauchzeit von insgesamt 1 Std. 35 Min. in einer Tauchtiefe bis zu 5 m mit Tauchgerät		
Freitag	eine Tauchzeit von 5 Min. in einer Tauchtiefe bis zu 5 m mit Tauchgerät sowie Tauchtätigkeiten ohne Tauchgerät von insgesamt 20 Min.		
Montag	Übung in der Druckkammer mit einem Druck entsprechend einer Tauchtiefe von mehr als 5 m, Dauer insgesamt 1 Std.		
Unter Berücksichtigung der Rundungsregelungen wird nach § 8 für diese Tätigkeiten folgende Zulage gezahlt:			
Dienstag	1 Std. 35 Min. aufgerundet = 2 Std.	x 11,45 €	= 22,90 €



Freitag	5 Min. = bleiben unberücksichtigt	
	20 Min. aufgerundet = ½ Std. = 0,5 x 2,76 €	= 1,38 €
Montag	1 Std. x 1/3 von 13,89 €	= <u>4,63 €</u>
		28,91 €
(Beträge Stand Januar 2014)		

### Unterabschnitt 3 – Zulagen für den Umgang mit Munition und Explosivstoffen

#### 11. § 11 Zulage für Tätigkeiten der Sprengstoffentschärfung und Sprengstoffermittlung

##### 11.1 Anspruchsvoraussetzungen (Absatz 1)

Die beschriebenen Aufgaben müssen zum ständigen Aufgabenbereich der Beamtin oder des Beamten gehören; sie müssen ihr bzw. ihm übertragen worden sein (z. B. Stellenbeschreibung und Einweisung auf die Stelle oder Geschäftsverteilungsplan). Es wird nicht vorausgesetzt, dass die Aufgaben ständig oder im überwiegenden Maße anfallen.

Die Zulage ist zu gewähren, wenn im Einzelfall bei einem zu beseitigenden Gegenstand nach den äußeren Umständen ausreichende Anhaltspunkte für die konkrete Gefahr eines Schadens durch die Explosion eines Sprengkörpers vorliegen (ernsthafter subjektiver Gefährdungstatbestand). Die Gefährdung darf nicht auf einer abstrakten, wegen der Verhältnisse und Bedingungen hypothetischen Gefahrenlage beruhen. Auch routinemäßige Maßnahmen der Gefahrenabwehr (z. B. Posteingangskontrollen) werden nicht von der Regelung erfasst.

##### 11.2 Erhöhte Zulage (Absatz 2)

Die Gewährung einer erhöhten Zulage setzt einen objektiven Gefährdungstatbestand voraus. Das heißt, es muss vor dem Einsatz feststehen oder nachträglich festgestellt werden, dass der zu beseitigende Gegenstand tatsächlich explosionsgefährliche Stoffe enthält.

Die Höhe der Zulage ist nach pflichtgemäßem Ermessen entsprechend dem Schwierigkeitsgrad der Arbeiten zu staffeln, maximal kann im Einzelfall der in der Zulagenregelung genannte Betrag gewährt werden. Die Ermessensentscheidung ist schriftlich zu begründen.

Für denselben Einsatz kann neben einer Zulage nach Absatz 2 keine Zulage nach Absatz 1 gewährt werden.

Die monatliche Höchstgrenze nach Absatz 4 ist zu beachten.

## Abschnitt 3 – Zulagen in festen Monatsbeträgen

### Unterabschnitt 1 – Gemeinsame Vorschriften

#### 12. § 12 Entstehung des Anspruchs, Anspruch bei Teilzeitbeschäftigung

##### 12.0 Allgemeine Anspruchsvoraussetzung

Für die Gewährung von pauschalierten Zulagen in festen Monatsbeträgen müssen Erschwernisse ständig wiederkehrend erfolgen. Die zulageberechtigende Tätigkeit, um derentwillen die Erschwerniszulage gewährt wird, muss zu einem quantitativ besonders umfangreichen Teil tatsächlich wahrgenommen werden, andere Tätigkeiten dürfen nur in geringem Umfang ausgeübt werden. Nur gelegentlich auftretende Erschwernisse bleiben unberücksichtigt und führen nicht zu einem Anspruch.

##### 12.1 Verwendung (Absatz 1)

Das Merkmal „Verwendung“ beinhaltet sowohl die Übertragung einer Funktion als auch die Wahrnehmung der mit der Funktion konkret verbundenen Aufgaben. Werden nach der Übertragung der Funktion (Einweisung in die Stelle) die damit konkret verbundenen Aufgaben noch nicht wahrgenommen (z. B. durch Urlaub oder Erkrankung) besteht noch kein Anspruch auf die Zulage – es liegt keine tatsächliche Aufnahme der zulageberechtigenden Verwendung vor.

##### 12.3 Teilzeitbeschäftigung mit ungleichmäßig verteilter Arbeitszeit (Absatz 3 Satz 2)

Absatz 3 Satz 2 regelt die Kürzung der Zulage bei einer Teilzeitbeschäftigung mit ungleichmäßig verteilter Arbeitszeit. Diese besondere Form der Teilzeitbeschäftigung liegt vor, wenn die Arbeitszeit über einen Monat hinausgehend ungleichmäßig verteilt ist in Zeiten einer Tätigkeit mit der vollen regelmäßigen Arbeitszeit und Zeiten der Freistellung vom Dienst (z. B. Teilzeitbeschäftigung im Sabbatjahrmmodell). Beamtinnen und Beamten, die dieses Modell der Teilzeitbeschäftigung gewählt haben, werden die Zulagen jeweils in der Höhe der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit gewährt.

Beispiele
Ein Beamter im Wechselschichtdienst hat für vier Jahre eine Teilzeitbeschäftigung mit 3/4 der regelmäßigen Arbeitszeit beantragt. In den vier Jahren will er drei Jahre „voll“ arbeiten und sich im vierten Jahr mit der „angesparten“ Arbeitszeit vom Dienst freistellen lassen.

Für den gesamten Zeitraum von vier Jahren werden seine Dienstbezüge gemäß § 12 Absatz 3 Satz 1 entsprechend der vereinbarten Arbeitszeit auf 3/4 gekürzt. Eine Ausnahmeregelung gilt für die Wechselschichtzulage. Diese wird nach Satz 2 für die drei Jahre, in denen er mit der vollen regelmäßigen Arbeitszeit Dienst im Wechselschichtdienst leistet ungekürzt gewährt, während im Jahr der Freistellung (keine Arbeitsleistung) keine Wechselschichtzulage gezahlt wird.

(Siehe auch § 7 Absätze 1 und 2 HmbBesG)

### 13. § 13 Unterbrechung der zulageberechtigenden Verwendung

#### 13.0 Vorliegen einer Unterbrechung

Eine Unterbrechung der zulageberechtigenden Verwendung liegt vor, wenn

- die zulageberechtigende Verwendung unmittelbar vor der Unterbrechung ausgeübt wurde und die entsprechende Zulage zugestanden hat und
- feststeht, dass dieselbe zulageberechtigende Verwendung unmittelbar nach Wegfall des Unterbrechungstatbestandes wieder aufgenommen wird.

Fehlt es an einer dieser Voraussetzungen, liegt keine Unterbrechung der zulageberechtigenden Verwendung vor. Die Zulagenzahlung ist mit dem letzten Tag der tatsächlichen Wahrnehmung der zulageberechtigenden Aufgabe einzustellen.

Wird erst zu einem späteren Zeitpunkt – also nach Eintritt der Unterbrechung – festgestellt, dass die Beamtin oder der Beamte dieselbe zulageberechtigende Verwendung nicht wieder aufnehmen wird, ist ab dem Zeitpunkt dieser Feststellung der Tatbestand der Unterbrechung der zulageberechtigenden Verwendung nicht mehr gegeben; die Zulagenzahlung ist einzustellen.

In den Fällen des Absatzes 1 Nummer 3 sowie der Absätze 3 und 4 liegt eine Unterbrechung der zulageberechtigenden Verwendung ebenfalls vor, wenn die Beamtin oder der Beamte aufgrund der Erkrankung vorübergehend eine andere Tätigkeit ausübt.

In den Fällen des Absatzes 1 Nummern 3 und 4 sowie der Absätze 3 und 4 wird der Tatbestand der Unterbrechung aufgehoben durch

- eine Feststellung der dauerhaften Dienstunfähigkeit der Beamtin oder des Beamten,
- eine Feststellung, dass die besonderen gesundheitlichen Anforderungen der zulageberechtigenden Verwendung bei der Beamtin oder dem Beamten dauerhaft nicht mehr vorliegen,

oder

- eine Entscheidung der Dienststelle, dass die Beamtin oder der Beamte dauerhaft in einer anderen Funktion verwendet wird.

### 13.1 Unterbrechungstatbestände (Absatz 1)

#### 13.1.0 Andere Unterbrechungstatbestände

Neben den in Absatz 1 aufgeführten Unterbrechungstatbeständen bestehen aufgrund anderer rechtlicher Regelungen folgende Fortzahlungsansprüche:

- HmbPersVG  
Nach § 50 Absatz 3 HmbPersVG finden die Freistellungen und Teilfreistellungen von Personalratsmitgliedern ohne Minderung der Bezüge statt.
- HmbMuSchVO  
Nach § 4 HmbMuSchVO wird durch die Beschäftigungsverbote (§§ 1 bis 3 HmbMuSchVO) die Zahlung der Dienstbezüge nicht berührt. Das Gleiche gilt für die Dienstversäumnisse während der Stillzeit (§ 8 HmbMuSchVO).

#### 13.1.5 Dienstbefreiung (Absatz 1 Nr. 5)

Im Rahmen der beamtenrechtlichen Vorschriften ist eine Dienstbefreiung eine von der oder dem Vorgesetzten genehmigte stundenweise Befreiung vom Dienst (innerhalb der Kernarbeitszeit bzw. der festgelegten Arbeitszeit).

Zu einer Dienstbefreiung im Sinne dieser Vorschrift gehören auch Zeiten eines von der oder dem Vorgesetzten genehmigten tageweisen oder mehrtägigen Freizeitausgleichs, z. B.

- für geleistete Mehrarbeit,
- im Rahmen von Gleitzeitregelungen oder Arbeitszeitkonten,
- durch im Dienstplan vorgesehene Freischichten.

### 13.2 Eintritt der Unterbrechung (Absatz 2)

Der Eintritt der Unterbrechung ist der erste Tag, an dem die zulageberechtigende Verwendung aus den genannten Unterbrechungsgründen nicht wahrgenommen wird. Dies gilt auch, wenn für die Unterbrechung mehrere Gründe vorliegen und der Dienst zwischen den verschiedenen Unterbrechungstatbeständen nicht wieder aufgenommen wird (es liegt ein zusammenhängender Unterbrechungszeitraum vor, z. B. Erholungsurlaub mit anschließender Dienstbefreiung oder Erkrankung).

## Unterabschnitt 2 – Einzelne Zulagen

### 14. § 14 Zulagen für Wechselschichtdienst und für Schichtdienst

#### 14.0 Allgemeine Tatbestandsvoraussetzung nach den Absätzen 1 und 2

Durch die Wechselschichtzulage und die Schichtzulagen sollen Belastungen ausgeglichen werden, die sich aus einem regelmäßigen Wechsel der Arbeitszeit über einen längeren Zeitraum (ständig) ergeben. Erst dann erreichen die Auswirkungen auf den Lebensrhythmus eine solche Schwere, dass sie mit einer Zulage ausgeglichen werden soll. Vor diesem Hintergrund ist das Tatbestandsmerkmal „ständig“ zu sehen. Es setzt voraus, dass ein Wechselschicht- bzw. Schichtdienst nicht nur vorübergehend oder für kurze Zeiträume anfällt.

Die Tatbestandsvoraussetzungen der Absätze 1 und 2, dass die Beamtinnen und Beamten ständig nach einem Schichtplan eingesetzt sind bzw. ständig einen Schichtdienst zu leisten haben, der einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit vorsieht, müssen sowohl im Allgemeinen als auch individuell erfüllt sein. Für die Aufgabenerledigung einer Dienststelle heißt das, dass dauerhaft die Notwendigkeit einer wöchentlichen Dienstzeit über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit hinaus bestehen und dementsprechend ein Schichtplan aufgestellt sein muss, der einen regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit vorsieht. Die Beamtin oder der Beamte muss innerhalb dieses allgemein für die Dienststelle geltenden Schichtplans diese Kriterien für sich selbst erfüllen. Das heißt, die Beamtin oder der Beamte muss dauerhaft im Rahmen des Schichtplans für einen Schichtdienst mit einem regelmäßigen Wechsel der täglichen Arbeitszeit eingeteilt sein. Ist die Beamtin oder der Beamte in der Regel nur in einer bestimmten Schicht eingesetzt – z. B. der Frühschicht – und übernimmt lediglich als Urlaubsvertretung andere Schichten, liegt kein ständiger Schichtdienst vor.

Liegen diese Grundvoraussetzungen für die Gewährung einer Schicht- oder Wechselschichtzulage vor, gelten für Beginn und Ende der Zulagenzahlung sowie für die Fortzahlung bei einer Unterbrechung die gemeinsamen Vorschriften der §§ 12 und 13.

#### 14.1 Wechselschichtzulage (Absatz 1)

##### 14.1.1 Wechselschichtdienst

Ein Wechselschichtdienst liegt vor, wenn die Aufgabenerfüllung einer Dienststelle es erfordert, den Dienstbetrieb an sieben Tagen in der Woche über jeweils 24 Stunden aufrecht zu erhalten (Dienst ununterbrochen „rund um die Uhr“), der Schichtplan verschiedene Schichten vorsieht (z.B. Früh-, Spät-, Nachtschicht) und die Beamtin oder der Beamte zu allen Schichten herangezogen wird. Es ist nicht

erforderlich, dass die Beamtin oder der Beamte gleichmäßig zu den verschiedenen Schichten herangezogen wird.

#### 14.1.2 Weitere Voraussetzungen

Zum Tatbestandsmerkmal „ständig“ siehe Ziffer. 14.0.

Weiterhin muss die Beamtin oder der Beamte durchschnittlich in je fünf Wochen mindestens 40 Dienststunden in der dienstplanmäßigen oder betriebsüblichen Nachtschicht leisten. Um einen Durchschnittswert zu erhalten, ist für die Berechnung ein Zeitraum von zehn Wochen zugrunde zu legen. Zeitlicher Endpunkt der Berechnung ist der Ablauf des letzten Tages des Monats, für den die Wechselschichtzulage gewährt werden soll. Von diesem Zeitpunkt an sind zehn Wochen zurückzurechnen. In diesen zehn Wochen müssen insgesamt mindestens 80 Dienststunden in der dienstplanmäßigen oder betriebsüblichen Nachtschicht geleistet worden sein. Mehrarbeitsstunden und Bereitschaftsstunden bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt.

Die Dienststunden in der dienstplanmäßigen oder betriebsüblichen Nachtschicht sind nicht gleichzusetzen mit dem Nachtdienst nach § 5 ArbZVO (21.00 Uhr bis 6.00 Uhr). Im Rahmen eines Wechselschichtdienstes gilt eine Schicht als dienstplanmäßige oder betriebsübliche Nachtschicht, wenn sie eine überwiegende Anzahl von Stunden im Nachtarbeitszeitraum zwischen 21.00 und 6.00 Uhr aufweist.

##### Beispiel

Wechselschichtdienst:

Erste Schicht 8.00 bis 16.30 Uhr

Zweite Schicht 16.00 bis 0.30 Uhr → 3,5 Std. Nachtdienst (21.00 - 0.30 Uhr)

Dritte Schicht 24.00 bis 8.30 Uhr → 6 Std. Nachtdienst (24.00 - 6.00 Uhr)

Die dritte Schicht wäre als dienstplanmäßige oder betriebsübliche Nachtschicht auszuweisen.

Dienststunden in der dienstplanmäßigen oder betriebsüblichen Nachtschicht sind damit die Stunden von 24.00 Uhr bis 8.30 Uhr (8,5 Std.), abzüglich der vorgeschriebenen Pausenzeiten.

Übt die Beamtin oder der Beamte in allen Schichten eines Wechselschichtdienstes Dienst aus und leistet die vorgeschriebene Mindestanzahl an Dienststunden in der Nachtschicht, ist das Tatbestandsmerkmal des regelmäßigen Wechsels der täglichen Arbeitszeit erfüllt.

Für jeden Monat, für den eine Wechselschichtzulage gewährt werden soll, ist zu prüfen, ob die Voraussetzungen vorliegen.

### 14.1.3 Aufnahme des Wechselschichtdienstes

Nach § 12 Absatz 1 besteht der Anspruch auf die Zulage mit der tatsächlichen Aufnahme der zulageberechtigenden Verwendung. Nimmt eine Beamtin oder ein Beamter einen Wechselschichtdienst neu auf, kann in den ersten beiden Monaten für die Berechnung der durchschnittlichen Dienststunden in der Nachtschicht nicht auf den Berechnungszeitraum der vergangenen zehn Wochen zurückgegriffen werden. In diesen Fällen ist die Anzahl der in diesen ersten beiden Monaten geleisteten Dienststunden in der Nachtschicht auf zehn Wochen hochzurechnen. Der so ermittelte Durchschnittswert ist für die ersten beiden Monate des Wechselschichtdienstes maßgeblich.

Beispiel
Ein junger Beamter beginnt am 01.03.2013 erstmalig einen Wechselschichtdienst. Im März und April 2013 hat er insgesamt 78 Dienststunden in der dienstplanmäßigen Nachtschicht geleistet.
<p>Berechnung:</p> <p>Freitag, 01.03.2013 bis Dienstag, 30.04.2013  = 8 Wochen und 5 Tage = 8,71 Wochen</p> <p>78 Stunden : 8,71 Wochen = 8,96 Std. pro Woche  8,96 Std./Wo. x 10 Wochen = 89,6 Stunden</p> <p>Hochgerechnet hat der Beamte in zehn Wochen 89,6 Dienststunden in der Nachtschicht geleistet und somit durchschnittlich 44,8 Stunden in fünf Wochen. Die Anspruchsvoraussetzung, dass in je fünf Wochen durchschnittlich mindestens 40 Dienststunden in der Nachtschicht geleistet werden müssen, sind erfüllt.</p>

## 14.2 Schichtzulagen (Absatz 2)

### 14.2.0 Schichtdienst

Ein Schichtdienst liegt vor, wenn die Aufgabenerfüllung einer Dienststelle es erfordert, über die regelmäßige durchschnittliche tägliche Arbeitszeit hinaus den Dienstbetrieb aufrecht zu erhalten, ein Schichtplan verschiedene Schichten (z.B. Früh- und Spätschicht) vorsieht und die Beamtin oder der Beamte zu allen Schichten herangezogen wird. Der Wechsel in eine andere Schicht muss spätestens nach einem Zeitabschnitt von einem Monat erfolgen um die Voraussetzung der Regelmäßigkeit zu erfüllen. Es ist nicht erforderlich, dass die Beamtin oder der Beamte gleichmäßig zu den verschiedenen Schichten herangezogen wird.

Zum Tatbestandsmerkmal „ständig“ siehe Ziffer 14.0.

#### 14.2.1 Schichtzulage nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1

##### 14.2.1.1 Schichtzulage bei unterbrochenem Dienstbetrieb

Sieht der Dienstplan/Schichtplan dem Grunde nach einen Wechselschichtdienst (siehe Ziffer 14.1.1) vor, jedoch mit einer zusammenhängenden Unterbrechungszeit des Dienstbetriebes von höchstens 48 Stunden, erhalten Beamtinnen und Beamte, wenn sie die weiteren Voraussetzungen für den Bezug einer Wechselschichtzulage erfüllen, eine Schichtzulage nach dieser Vorschrift.

Beispiel
In einer Dienststelle muss der Dienstbetrieb durchgehend in der Zeit von Montag 6.00 Uhr bis Samstag 24.00 Uhr gewährleistet sein. Ein entsprechender Schichtplan mit Früh-, Spät- und Nachtschichten wurde aufgestellt.
Es liegt dem Grunde nach ein Wechselschichtdienst vor. Die Unterbrechungszeit beträgt zusammenhängend 32 Stunden.

##### 14.2.1.2 Schichtzulage für einen Wechselschichtdienst

Wird ein Wechselschichtdienst (siehe Ziffer 14.1.1) mit einer geringeren Anzahl von Dienststunden in der Nachtschicht geleistet als nach Absatz 1 erforderlich ist, wird eine Schichtzulage gewährt, wenn die Beamtin oder der Beamte durchschnittlich innerhalb von sieben Wochen mindestens 40 Dienststunden in der Nachtschicht geleistet hat.

Um einen Durchschnittswert zu erhalten, ist für die Berechnung ein Zeitraum von 14 Wochen zugrunde zu legen. Zeitlicher Endpunkt der Berechnung ist der Ablauf des letzten Tages des Monats, für den die Schichtzulage gewährt werden soll. Von diesem Zeitpunkt an sind 14 Wochen zurückzurechnen. In diesen 14 Wochen müssen insgesamt mindestens 80 Dienststunden in der dienstplanmäßigen oder betriebsüblichen Nachtschicht geleistet worden sein. Mehrarbeitsstunden und Bereitschaftsstunden bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt.

Wird der Wechselschichtdienst neu aufgenommen gilt Ziffer 14.1.3 entsprechend.

##### 14.2.2 Schichtdienst innerhalb einer Zeitspanne (Absatz 2 Satz 2)

In den Fällen des Absatzes 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3 richtet sich die Höhe der Schichtzulage nach der Zeitspannendifferenz. Maßgebend ist die Zeitspanne zwischen dem Beginn der frühesten und dem Ende der spätesten Schicht innerhalb von 24 Stunden. Hierbei kann es sich um zwei aber auch um drei oder mehr Schichten handeln. Die Schichten können sich zeitlich überschneiden, aneinander anschließen oder einen zeitlichen Abstand zueinander aufweisen.



Beispiele Zeitspannen	
1. Sich überschneidende Schichten:	
Erste Schicht	5.00 bis 13.30 Uhr
Zweite Schicht	9.00 bis 17.30 Uhr
Dritte Schicht	16.30 bis 1.00 Uhr
Zeitspanne:	5.00 bis 1.00 Uhr = 20 Std.
2. Sich aneinander anschließende Schichten:	
Erste Schicht	5.30 bis 14.00 Uhr
Zweite Schicht	14.00 bis 22.30 Uhr
Zeitspanne:	5.30 bis 22.30 Uhr = 17 Std.
3. Schichten mit zeitlichem Abstand:	
Erste Schicht	6.00 bis 12.00 Uhr
Zweite Schicht	14.00 bis 20.00 Uhr
Zeitspanne:	6.00 bis 20.00 Uhr = 14 Std.

Die früheste Schicht ist nicht gleichbedeutend mit Frühschicht. Die früheste Schicht ist die erste Schicht in einem 24-Std.-Zeitraum.

Beispiel früheste Schicht	
Erste Schicht	22.00 bis 6.30 Uhr → früheste Schicht
Zweite Schicht	6.00 bis 14.30 Uhr
Zeitspanne:	22.00 bis 14.30 Uhr = 16,5 Std.

Wird im Rahmen eines Schichtplans an einzelnen Tagen der Woche nur in einer Schicht Dienst geleistet, ist die Zeitspanne der Beginn und das Ende dieser einen Schicht.

Beispiel
Der Schichtplan sieht sechs Arbeitstage vor, Montag bis Samstag. Von Montag bis Freitag wird der Dienst in drei Schichten von 6.00 bis 22.00 Uhr geleistet (Zeitspanne 18 Std.). Am Samstag ist lediglich Dienst in einer Schicht von 6.00 bis 14.00 Uhr zu leisten. Für diesen Dienst errechnet sich eine Zeitspanne von 8 Stunden.

#### 14.2.3 Durchschnittsberechnung (Absatz 2 Satz 3)

Die als Zeitspanne geforderte Stundenzahl muss grundsätzlich im Durchschnitt der im Schichtplan vorgesehenen Arbeitstage einer Woche berechnet werden. Für

diese Berechnung sind die Zeitspannen je 24-Std.-Zeitraum bzw. je Tag der Woche zu berücksichtigen, zusammenzurechnen und der Durchschnitt zu ermitteln.

Beispiel	
<p>Der Schichtplan sieht sechs Arbeitstage vor, Montag bis Samstag.          Von Montag bis Freitag wird der Dienst in drei Schichten von 6.00 bis 22.00 Uhr (Zeitspanne 18 Std.) geleistet. Am Samstag ist lediglich Dienst in einer Schicht von 6.00 bis 14.00 Uhr zu leisten (Zeitspanne 8 Std.).</p>	
Mo. bis Fr.:	5 x 18 Std. = 90 Std.
Sa.:	1 x 8 Std. = 8 Std.
insgesamt:	98 Std.
geteilt durch 6 Tage	= 16,3 Std. durchschnittliche Zeitspanne

#### 14.2.4 Alternative Durchschnittsberechnung (Absatz 2 Satz 4)

Eine vergleichende Durchschnittsberechnung nach Satz 4 ist stets dann durchzuführen, wenn aufgrund des Schichtplans und des geleisteten Schichtdienstes Anlass zu der Annahme besteht, dass sich durch diese Berechnung eine für die Beamtin oder der Beamte günstigere Zeitspanne ergibt.

Beispiel	
<p>Der Schichtplan sieht sechs Arbeitstage vor, Montag bis Samstag.          Von Montag bis Freitag wird der Dienst in drei Schichten von 6.00 bis 22.00 Uhr (Zeitspanne 18 Std.) geleistet. Am Samstag ist lediglich Dienst in einer Schicht von 6.00 bis 14.00 Uhr zu leisten (Zeitspanne 8 Std.).</p>	
Mo. bis Fr.:	5 x 18 Std. = 90 Std.
Sa.:	1 x 8 Std. = 8 Std.
insgesamt:	98 Std.
geteilt durch 6 Tage	= 16,3 Std. durchschnittliche Zeitspanne
<p>Es würde eine Schichtzulage nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 in Höhe von 35,79 Euro gewährt werden können.</p>	
Alternative Berechnung mit fünf Arbeitstagen:	
Mo. bis Fr.:	5 x 18 Std. = 90 Std.
geteilt durch 5 Tage	= 18 Std. durchschnittliche Zeitspanne
<p>Nach Absatz 2 Satz 4 kann eine Schichtzulage nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 in Höhe von 46,02 Euro gewährt werden.</p>	
(Beträge Stand Januar 2014)	

**14.2.5      Regelmäßige individuelle Abweichungen vom Schichtplan**

Leistet die Beamtin oder der Beamte von den im Schichtplan vorgesehenen Schichten regelmäßig nur einige Schichten (z. B. von den im Schichtplan vorgesehenen drei Schichten regelmäßig nur die erste und zweite Schicht), ist die Zeitspanne dieser geleisteten Schichten die Grundlage für die Durchschnittsberechnung.

**15.            § 15 Zulage für besondere polizeiliche Einsätze**

**15.1.1      Zulageberechtigende Tätigkeit (Absatz 1 Nummern 1 bis 3):**

Voraussetzung für die Gewährung der Zulage ist die ständige Verwendung für besondere polizeiliche Einsätze in einem der genannten Einsatzkommandos bzw. Organisationseinheiten. Allein eine organisatorische Zugehörigkeit begründet keine Zulageberechtigung. Entscheidend ist, dass die Beamtin oder der Beamte die typischerweise erschwernisbehafteten Tätigkeiten des Kommandos, um deren willen die Erschwerniszulage gewährt wird, zu einem quantitativ besonders umfangreichen Teil tatsächlich wahrnimmt, andere Tätigkeiten dürfen nur in geringfügigem Umfang ausgeübt werden.

**15.1.4      Verdeckte Ermittlerinnen und Verdeckte Ermittler (Absatz 1 Nummer 4)**

Die zulageberechtigende, erschwernisbehaftete Tätigkeit ergibt sich aus dem Rahmen, den § 110a StPO für den Einsatz von Verdeckten Ermittlerinnen und Verdeckten Ermittlern beschreibt.

**16.            § 16 Zulage für Luftfahrzeugbesatzungen der Polizei**

**16.2          Nichtständige Luftfahrzeugbesatzung (Absatz 2)**

Es ist für jeden Kalendermonat zu prüfen, ob die Anspruchsvoraussetzungen

- der Verpflichtung zum Mitfliegen aus einer dienstlichen Notwendigkeit heraus sowie
- einer Mindestanzahl von zehn Flügen

gegeben sind.

**16.3          Zusatzqualifikationen (Absatz 3 Satz 2)**

Zusatzqualifikationen sind besondere, durch Aus- und Fortbildung erworbene Kenntnisse, Fähigkeiten und Berechtigungen. Sie können nur zur Gewährung der erhöhten Erschwerniszulage nach Absatz 3 Nummer 1 führen, wenn die Anwen-

dung dieser Kenntnisse, Fähigkeiten und Berechtigungen auch mit zusätzlichen Erschwernissen bei der Verwendung als Luftfahrzeugführerin/Luftfahrzeugführer oder Flugtechnikerin/Flugtechniker verbunden ist (eine Zusatzqualifikation als solche begründet keinen Anspruch; diese zu honorieren ist nicht Sinn und Zweck der Erschwerniszulagen). Weiterhin müssen die zusätzlichen Erschwernisse regelmäßig eintreten, nur gelegentlich hinzutretende Erschwernisse bleiben unberücksichtigt und führen nicht zu einem Anspruch der erhöhten Zulage nach Absatz 3 Nummer 1.

Die Berücksichtigung anderer als der ausdrücklich genannten Zusatzqualifikationen ist ebenfalls nur dann sachgerecht, wenn diese Qualifikationen in der Anwendung auch mit vergleichbaren Erschwernissen verbunden sind.

## **17. § 17 Zulage für die Beseitigung von Munition aus den Weltkriegen**

### **17.1 Voraussetzungen (Absatz 1)**

Die Höhe der Zulage ist von der Anzahl der tatsächlich erbrachten Arbeitsstunden im unmittelbaren Gefahrenbereich abhängig. Insofern sind die jeweils im Kalendermonat geleisteten Einsatzstunden im unmittelbaren Gefahrenbereich zu dokumentieren.

Bei einer Teilzeitbeschäftigung sind die zu leistenden Arbeitsstunden im unmittelbaren Gefahrenbereich im gleichen Verhältnis wie die Arbeitszeit zu kürzen. Gleiches gilt für die Stundenanzahl, die zu einer Verringerung der Zulage führt sowie für den Berechnungssatz der Kürzung.

Die Fortzahlung der Zulage im Falle einer vorübergehenden Unterbrechung der zulageberechtigenden Tätigkeit aufgrund der Weitergewährungsregelungen des § 13 richtet sich in der Höhe nach den ausgefallenen Arbeitsstunden, die auf Grund des Dienst- oder Einsatzplanes und/oder der Vertretungsleistung festgestellt werden können.

### **17.3 Erhöhte Zulagengewährung (Absatz 3)**

Der Erhöhungsbetrag der Zulage ist nach pflichtgemäßem Ermessen entsprechend der Anzahl der im Monat vorliegenden, in der Regelung aufgeführten Tatbestände zu staffeln, maximal kann der in der Zulagenregelung genannte Betrag zusätzlich gewährt werden. Die Ermessensentscheidung ist schriftlich zu begründen.

Bei einer Teilzeitbeschäftigung unterliegt der Erhöhungsbetrag ebenfalls den Bestimmungen des § 7 HmbBesG (siehe Ziffer 0.4).